

Textdokumentation

SUE

Süddeutsche Zeitung

29. Mai 1989

Quelle

Datum

Atlantisches Krisengespräch in Motor City

Deutsche und Amerikaner sezieren ihr gestörtes Verhältnis im Schatten des Raketenstreits

Von Josef Joffe Dearborn. im Mai - Wieder einmal herrscht Krisenstimmung zwischen Amerikanern und Deutschen. Und wie es der Kalender will, fand just zur rechten Zeit das 15. deutsch-amerikanische Gespräch statt, das die Atlantik-Brücke und der American Council on Germany in Dearborn, einer Vorstadt von Detroit, veranstalteten. Der Bundesstaat Michigan gehört zum heartland Amerikas, dem Mittleren Westen, wo normalerweise die Bilanz von General Motors die Gemüter mehr beschäftigt als die Feinheiten der deutschen Politik. Doch an jenem Wochenende widmeten beide Zeitungen in Motor City, die Detroit News und die Detroit Free Press, ihre Leitartikel den Gästen aus der Bundesrepublik und der "Großen Politik": Kohl. Genscher, Kurzstrecken-Raketen.

Die Groß-Politiker – etwa Verteidigungsminister Stoltenberg – waren im Gegensatz zu sonstigen Gepflogenheiten in Washington. Stoltenberg mußte am Raketen-Kompromiß feilen; selbst Botschafter Rufuhs wurde kurz nach Ankunft aus Dearborn zurückbeordert, um zwecks Allierten-Pflege (oder Berichterstattung ans AA) in Washington zu sein. Doch je weniger Offizielle anwesend waren, desto freimütiger der Austausch – davon profitierte eine Drei-Tage-Diskussion, die unter dem heimlichen Motto stand: "Was wollen die Deutschen eigentlich wirklich?"

Da war niemand, der nicht begriffen hätte, daß mit dem Kalten Krieg auch eine

Ära im Verhältnis Deutschland-Amerika zu Ende geht. Die Bundesrepublik, zugleich Kind und Profiteur des Kalten Krieges, braucht längst nicht mehr so viel Sicherheit Made in USA; sie schüttelt alte Abhängigkeiten und Rücksichten ab - das ist der eigentliche Kern des Krachs um ein paar Dutzend Lance-Raketen, in dem Bonn seine eigene Politik gegen alle drei Westmächte durchzuziehen versucht. Der amerikanische NATO-Gesandte John. Kornblum, einer der besten Deutschland-Kenner, brachte es auf diese melancholische Formel: "Wir haben viele Hoffnungen und Traume in die Bundesrepublik investiert. Heute fragen wir nicht: Was wollt Ihr?', sondern: ,Wie könnt Ihr nur?"

Staatsminister Schäfer vom Auswärtigen Amt vermerkte zwar, daß er den "Lärm" nicht verstehe, um dann aber gewollt oder ungewollt – eine tiefere Schicht bloßzulegen: "Es gibt eine neue Generation in der Bundesrepublik; die will nicht andauernd an den Zweiten Weltkrieg erinnert werden, die stellt nun Fragen nach der deutschen Souveränität." Dennoch sei sie "noch immer für die Allianz". Was aber bedeute diese Zustimmung konkret, wollte ein jüngerer think tank-Experte wissen: "Sie glauben an das Bündnis, aber nicht mehr an Atomwaffen, Tiefflüge und Vorwärtsverteidigung."

Da gab ihm ein SPD-Parlamentarier sogar recht: "Je mehr wir konventionell reduzieren, desto mehr müssen wir die Vorwärtsverteidigung und Elemente der (atomaren) "Flexiblen Antwort" in Frage stellen." Was aber, so ein Amerikaner, soll diese Strategie ersetzen – etwa eine "Verteidigung in der Tiefe", gegen die sich die Deutschen zu Adenauers Zeiten mit Zähnen und Klauen gewehrt hatten, weil damit das gesamte Bundesgebiet zum Schlachtfeld würde? Die Antwort steht noch aus, aber die alten Gewißheiten – sie sind verschwunden.

Wie sich Amerika auf die neuen Fragezeichen einstellen wird, ist eben/alls noch ungewiß. Da ist einerseits ein uralter Rückzugs-Reflex, den ein hoher amerikanischer Ex-Diplomat in ein neues Gewand kleidete: "Wir könnten unser Budget- und Handelsdefizit auf Null senken, wenn wir so wenig für die Verteidigung ausgäben wie der Durchschnitt der NATO-Länder." Da ist andererseits der klassische Pragmatismus, der das Sich-Arrangieren - in diesem Fall: mit einer drängenden deutschen Ostpolitik - über den Prinzipienstreit stellt. "Es ist", so der Ex-Botschafter in Moskau, Arthur Hartmann, "auch in unserem Interesse, den Wandel der sowjetischen Politik in Verträge zu gießen gerade weil nichts unumkehrbar ist."

Pragmatismus auch beim Gastgeber und Gouverneur von Michigan, James Blanchard, der die erlauchten Gäste darauf hinwies, daß es in Amerika nicht nur Raketen, sondern auch Investitionsmöglichkeiten gäbe und dann aufzählte wieviele deutsche Firmen sich schop in Motor City angesiedelt hätten...